

Pflegeheim darf Ungeimpfte freistellen

GIESSEN Ein mittelhessisches Seniorenheim darf Beschäftigte von der Arbeit freistellen, die keinen Nachweis einer Corona-Impfung vorgelegt haben. Das hat das Arbeitsgericht Gießen am Dienstag in einem Eilverfahren entschieden und die Anträge von zwei Mitarbeitern auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen. Aus dem Infektionsschutzgesetz ergebe sich keine Beschäftigungspflicht, bis etwa ein Gesundheitsamt über ein Betretungs- oder Tätigkeitsverbot entschieden habe, heißt es in den Urteilen. Gegen diese ist eine Berufung möglich, zudem laufen in den Fällen noch die Hauptverfahren.

Geklagt hatten zwei Beschäftigte der Einrichtung in Pohlheim, die nicht gegen das Coronavirus geimpft sind. Weil die beiden Männer bis zum Stichtag Mitte März keinen Nachweis über eine Impfung vorgelegt hatten, stellte sie ihr Arbeitgeber ohne Fortzahlung des Gehalts frei. In dem Eilverfahren wollten die Kläger ihre vertragsgemäße Beschäftigung erreichen. Ihre

17 Milliarden an Corona-Hilfen

RHEIN-MAIN Der Staat hat eine Million hessische Unternehmen, die durch die Pandemie geschädigt wurden, bisher mit insgesamt 17 Milliarden Euro gestützt. Allein mehr als zehn Milliarden Euro davon hat das Land Hessen als temporäre steuerliche Hilfen für Unternehmen und Selbstständige gewährt, etwa als verringerte Umsatzsteuer-Vorauszahlungen und Stundungen. Diese seien aber nur vorübergehend gewesen, teilte das Land mit. Für weitere knapp 900 Millionen Euro an Krediten bürgt das Land. Tatsächlich ausgezahlt hat Hessen rund 520 Millionen Euro, inklusive des Landesanteils an den Corona-Soforthilfen. Der Bund hat insgesamt 5,2 Milliarden Euro an hessische Unternehmen ausgeschüttet, hauptsächlich als Überbrückungs-, November- und Dezemberhilfen sowie als Corona-Soforthilfe. fahe.



Lese-Empfehlungen auf faz.net/rmz

Aus Alt mach Neu

Thomas Werners Antwort auf die Wandbilder von Jörg Ratgeb

Warum Goethe so modern ist

Die „Wahlverwandtschaften“ als Liebesstudie am Schauspiel

Skyline-Liveblog

Was in der Nacht und am Morgen in Rhein-Main passiert ist

Stoischer Protest

Seit Wochen wird vor Russlands Konsulat tagtäglich protestiert. Die Demonstranten wollen der Kreml-Propaganda etwas entgegenzusetzen.

DIE DREI, SEITE 31

Wetter

Zeitweise sonnig, manchmal ziehen dichtere Wolken durch. Höchstwerte um 24 Grad. Nachts lockert es bei 10 Grad etwas auf.

Temperaturen gestern	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	6°	23°
Feldberg im Taunus	6°	17°
Flughafen Frankfurt gestern:		
24-stg. Niederschlag bis 17h		0 mm

Desillusioniert

Seit wir die aus Italien stammende Inhaberin des Eiscafés an der Ecke im Supermarkt mit einer mit Fischstäbchen belegten Tiefkühlpizza erwischt haben, ist unser kulinarisches Italienbild nachhaltig beschädigt.



Ende einer Protestaktion: Polizisten lösen am Dienstag die Hand eines Demonstranten von der Straße ab.

Foto dpa



Die Letzten

Von Manfred Köhler

Die Frankfurter sind Kummer gewohnt, was Demonstrationen, Kundgebungen und Blockaden angeht. Das gehört zum Großstadtleben dazu. Es ist nicht anders bei den selbst ernannten Umweltschützern, die in diesen Tagen ihre Anliegen nicht etwa auf dem Römerberg oder Goetheplatz vortragen, sondern den Verkehr blockieren. Was mit wenig Aufwand möglich ist und auch mit geringem Risiko: Keiner der Demonstranten muss mit ernsthaften Folgen rechnen, obwohl die Schäden groß sein können.

Die Initiative will Frankfurt nach eigenen Angaben noch länger heimsuchen. Die Stadt mit ihren Glasfassaden provoziert eine gewisse Klientel nach wie vor. Doch hat sich die Gruppierung für den falschen Ort entschieden. Die Mainmetropole steht, das ist richtig, für den Kapitalismus mehr als jede andere Stadt. Und es ist leicht, Glastüren von Großbanken zu beschmieren, wie es am Montag geschehen ist; an der Deutschen Bank und der Commerzbank haben sich schon viele abgearbeitet. Doch nur mit einer erfolgreichen Wirtschaft, und dazu gehören funktionierende Banken, wird es gelingen, die Welt umweltfreundlicher zu gestalten. Nur in einer wettbewerblichen Ordnung entstehen die Innovationen, zu deren Finanzierung und Markteinführung dann Kapitalgesellschaften wie Banken und Börse notwendig sind. In Deutschland: Frankfurt ist nicht Teil des Problems, sondern der Lösung.

Wenn sich eine Initiative den Titel „Letzte Generation“ gibt, ist auch die Frage erlaubt, ob eine immer stärkere Dramatisierung der Klimadebatte tatsächlich hilft. Denn vor der so zur Schau getragenen Radikalität wirken alle ernsthaften Anstrengungen zum Beispiel für eine umweltfreundlichere Energiepolitik wie ein Nichts, das gilt auch für alle schwierigen Diskussionen, etwa um die Nutzung von Erdgas als Brückentechnologie. Praktikable Lösungen zu finden ist kompliziert. Doch auch dort steht der Finanzplatz mittendrin, von anderen Branchen ganz zu schweigen.

Frankfurt wird noch länger die Hybris dieser kleinen Gruppe ertragen müssen. Deren Mitglieder sollten aber schon wissen, dass in den künstlich erzeugten Staus mit einiger Wahrscheinlichkeit viele feststecken, die sich in ihrem Beruf tatsächlich Tag für Tag um eine bessere Umwelt kümmern – anders als Leute, die ihre Finger auf Asphalt kleben.

Den Verkehr in Frankfurt lahmgelegt

FRANKFURT Am Dienstag ist es neuerlich zu Staus im Pendlerverkehr gekommen, weil sich radikale Aktivisten Autofahrern in den Weg stellen. Auflagen des Staates werden von ihnen ignoriert.

Von Alexander Jürgs

Wie man Hände vom Asphalt ablöst

Mit Sekundenkleber eingeschmiert pressen die Aktivisten der „Letzten Generation“ ihre Hände fest auf den Asphalt. Doch wie lässt sich das rückgängig machen? Das ist schließlich notwendig, um die Blockade zu beenden. Wie geht die Polizei dabei vor? Zunächst wird versucht, den Kleber mit einfachem Wasser und vielleicht noch etwas Seife zu lösen. Meist aber braucht es mehr, um die Hände von der Straße zu befreien. Pflanzenöl werde häufig eingesetzt, berichtet ein Sprecher der Frankfurter Polizei. Ist man auch damit nicht erfolgreich, müssen Lösungsmittel

mit chemischen Zusätzen verwendet werden. Absolviert werden die Einsätze nur gemeinsam mit Ärzten. Auch am Dienstagmorgen waren zwei Polizeiarzte im Einsatz. Sind die Hände wieder von der Straße gelöst, werden sie von den Ärzten untersucht. Ist eine medizinische Versorgung notwendig, erfolgt sie noch am Ort. Bei einer Blockade am Frankfurter Flughafen im Februar hatte eine Aktivistin berichtet, dass die Ablösung nicht besonders schmerzhaft sei. Als belastender empfand sie den psychischen Druck durch den Polizeieinsatz. ajue.

„Der Westen muss sich jetzt entscheiden“

FRANKFURT Der frühere US-General Ben Hodges erwartet bedeutsame Tage im Ukrainekrieg / „Russische Armee ist auf den Knien“

Ben Hodges ist dieser Tage ein gefragter Mann. Seit Wochen eilt er von einer Veranstaltung zur nächsten, gibt Telefoninterviews im Halbstundentakt, tritt in politischen Talkshows auf, spricht täglich mit Journalisten und Militärs in Deutschland, Europa und Amerika und steht im engen Kontakt mit der Ukraine. Der frühere Oberkommandierende des amerikanischen Heeres in Europa ist Mitglied der Washingtoner Denkfabrik Center for European Policy Analysis, kurz CEPA, und beobachtet seit seinem Ausscheiden aus der Army im Jahr 2018 von Frankfurt aus die sicherheitspolitische Lage in Zentral- und Osteuropa. Schon während seiner Zeit als Dreisternegeneral hat er eindringlich vor der russischen Aggression gewarnt und mehr Anstrengungen zur transatlantischen Zusammenarbeit und Abschreckung gefordert. Jetzt sagt er das Scheitern der Russen in ihrem Angriffskrieg gegen die Ukraine voraus.

Wie gefragt der Dreundsechzigjährige gerade ist, erleben die Gäste des Freundeskreises der Ingrid zu Solms-Stiftung am Montagabend gleich zu Beginn

ihrer Vortragsveranstaltung mit Hodges in der Evangelischen Akademie am Frankfurter Römerberg: Der frühere General verspätet sich einige Minuten, weil er noch bei einem anderen Anlass mit Zuhörern diskutiert hat. Als er dann eintrifft und ins Mikrofon tritt, findet er wie üblich klare Worte zum Krieg in der Ukraine: zur überraschenden Schwäche der russischen Armee, der beeindruckenden Stärke der Ukrainer und ihres charismatischen Präsidenten, und dazu, was Deutschland tun kann, um die Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Souveränität zu unterstützen.

Die nächsten zwei bis drei Wochen werden nach Hodges' Ansicht von zentraler Bedeutung sein. „Wir sind an einem entscheidenden Punkt in diesem Krieg.“ Die russische Armee sei „auf den Knien“ und dabei, sich neu zu gruppieren – und deshalb sei sie sehr verletzlich. „Der

Westen muss sich jetzt entscheiden, ob er diesen Krieg zusammen mit der Ukraine gewinnen will. Nicht mit eigenen Truppen, aber mit der richtigen, massiven Hilfe für die ukrainische Armee.“ Die russische Generalität stehe unter enormem Druck aus dem Kreml, bis zum 9. Mai – dem „Tag des Sieges“ über Nazideutschland und laut Putin der wichtigste Feiertag seines Landes – endlich Erfolge vorzuweisen. In dem Zeitfenster bis dahin könne die Ukraine mit westlicher Hilfe entscheidende Schläge gegen die Russen führen.

Dass die russische Armee überhaupt in diese Lage gekommen ist, war auch für den früheren US-General Hodges überraschend. „Wir haben sie offenkundig überschätzt.“ Im Gegensatz zu den hoch motivierten, seit einigen Jahren nicht mehr in den alten, extrem zentralisierten Strukturen verhafteten Ukrainern sei das russische Militär nicht nur seit Jahrzehnten korrupt und arrogant, sondern auch viel schlechter ausgerüstet als offiziell behauptet und vor allem logistisch und hierarchisch mangelhaft

organisiert. Die Folgen seien eine sehr schlechte Moral in der Truppe („Die Soldaten bekommen Nahrungsrationen, die schon seit Jahren abgelaufen sind“), enorm hohe Verluste („Wir sprechen von bis zu 20 000 Gefallenen“) und eine viel geringere Kampfkraft, als es auch westliche Militärs erwartet hätten.

Um so wichtiger sei nun die richtige Hilfe aus dem Westen für die ukrainische Armee, sagt Hodges. Er spricht sich für die Lieferung auch von schweren Waffen wie Panzern, Kampfflugzeugen, weitreichender Artillerie und insbesondere schiffsbrechenden Raketen aus, um den russischen Beschuss vom Schwarzen Meer aus zu unterbinden. Auch Deutschland sollte seiner Meinung nach in dieser Hinsicht mehr tun. Berlin könne Waffen liefern – aber auch nachrichtendienstliche Informationen und militärische Aufklärung. Vor allem aber müsse Deutschland bereit sein, zu erkennen, dass es in diesem Krieg um mehr als die Ukraine gehe, nämlich um den Kampf für Freiheit und Demokratie insgesamt. Und es

müsse bereit sein, diesen Kampf zu führen und zu gewinnen.

Was er denn unter „gewinnen“ verstehe, wird Hodges in der anschließenden Diskussionsrunde gefragt. Zunächst müssten Verhältnisse wie vor dem Angriff vom 24. Februar das Ziel sein, sagt er, also der Rückzug der russischen Truppen und die Rückkehr der vielen inzwischen nach Russland deportierten Ukrainer. Langfristig müsse aber auch die Rückgabe der besetzten Gebiete im Donbass und der Krim auf der Agenda stehen, auch wenn das eine Sache von Jahrzehnten sein könne.

Der Westen darf aus Hodges' Sicht nicht auf eine Verhandlungslösung mit Putin hoffen. „Wir sollten nicht nach einem Weg suchen, mit dem er sein Gesicht wahren kann.“ Wichtig sei vielmehr die langfristige Schwächung der russischen Militärmacht und die Stärkung vernünftiger und demokratischer Kräfte, die es natürlich auch in Russland gebe. „Geben Sie den Ukrainern Waffen – und dem russischen Volk die Wahrheit.“ PETER BADENHOP



Ben Hodges